

Eckpunktepapier

GRÜNE Personaloffensive für die sächsische Landesverwaltung – Fortschreibung 2018

Valentin Lippmann
innenpolitischer Sprecher

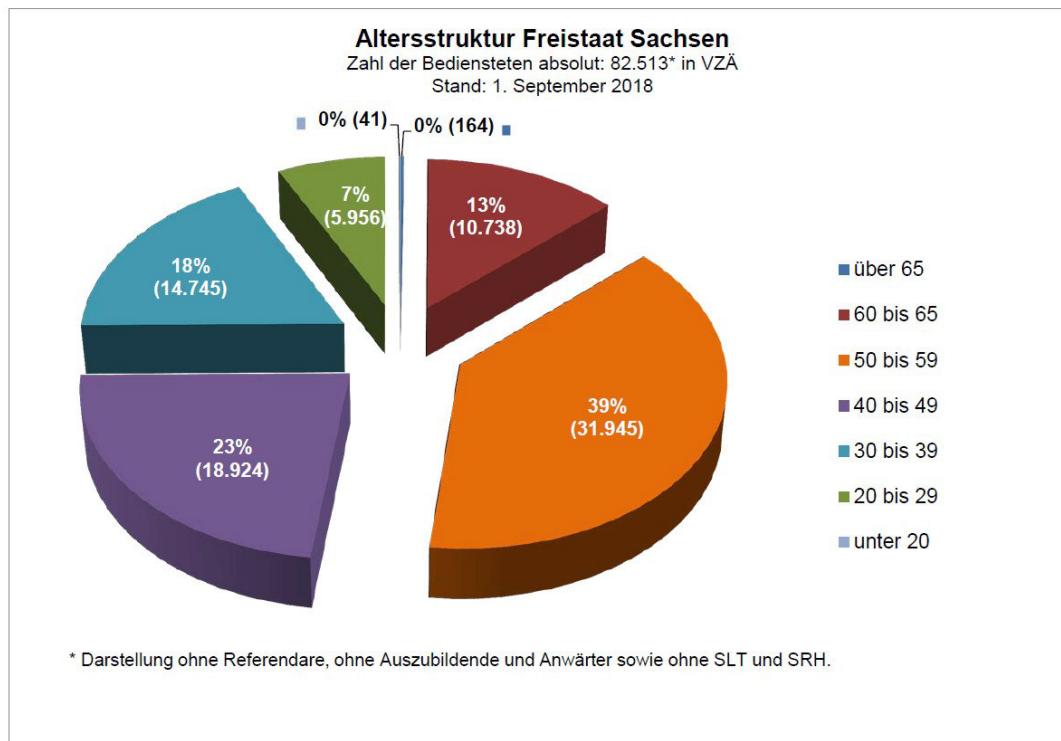
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 493 48 30
Telefax: 0351 / 493 48 09
valentin.lippmann@slt.sachsen.de

Dresden, 18. Oktober 2018

1. Personalsituation in der sächsischen Landesverwaltung

In den nächsten 15 Jahren gehen von 82.513 Bediensteten des Freistaates Sachsen (Stand: 1.9.2018) rund 52 Prozent in den Ruhestand. Das bedeutete, dass der Freistaat bis dahin 42.683 neue Fachkräfte gewinnen, also ab sofort durchschnittlich jährlich 2.800 Neueinstellungen vornehmen muss.



Quelle: Kleine Anfrage Valentin Lippmann „Zahl der Bediensteten in ausgewählten Bereichen der Landesverwaltung und Zahl der Altersabgänge bis 2030“, Drs. 6/14738

Die sogenannte „Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung“, hat bereits in ihrem Abschlussbericht 2016 dargestellt, dass das gesamte Personal in weniger als 30 Jahren aufgrund der Altersabgänge vollständig ausgetauscht werden muss, der reguläre Personalumbruch hingegen liegt bei 42 Jahren. Sachsens Verwaltung ist überaltert. Das ist das Ergebnis einer über Jahre auf Verschleiß gefahrenen Personalpolitik.

Einige Bereiche der Landesverwaltung sind in den nächsten 15 Jahren besonders von Altersabgängen betroffen, insbesondere

- das Personal der Gerichte, Staatsanwaltschaften, RichterInnen und StaatsanwältInnen,
- der Justizvollzug,
- die Landesdirektion (LDS),
- das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfLUG), das Landesamt für Straßen und Verkehr (LASuV),
- das Statistische Landesamt, das Landesamt für Denkmalpflege, das Staatsarchiv, die Staatlichen Kunstsammlungen, die Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen.

So gehen beispielsweise 944 von den derzeit in Sachsen beschäftigten 1.474 RichterInnen und StaatsanwältInnen bis 2033 in den Ruhestand. Das sind 64 Prozent. Ähnlich prekär ist die Situation beim Personal der Gerichte und Staatsanwaltschaften ohne RichterInnen und StaatsanwältInnen: von derzeit 3.910 Bediensteten gehen 1.930 in Rente.

2. GRÜNE Forderung im letzten Haushaltsverfahren

Vor diesem Hintergrund hat die GRÜNE Fraktion bereits zum Doppelhaushalt 2017/2018 eine Personal- und Ausbildungsoffensive gefordert und dazu u.a. folgende Vorschläge gemacht:

- Schaffung von 1.365 neuen Stellen, von denen 812 auf zehn Jahre befristet sind
- Streichung aller kw-Vermerke
- eine Ausbildungsoffensive für den öffentlichen Dienst, inklusive Übernahmegarantie für Absolventinnen und Absolventen der Ausbildungseinrichtungen für die öffentliche Verwaltung,
- eine Rückkehrprogramm für LehrerInnen,
- die Erarbeitung eines umfassenden Personalkonzepts als Strategie zur Bewältigung der hohen Altersabgänge und Schaffung einer ausgewogenen Altersstruktur in der Landesverwaltung.

3. Was hat die Staatsregierung seither getan?

Bereits im Haushaltsplan 2017/2018 fand sich ein Stellenaufwuchs von rund 1.600 Stellen für die Jahre 2017 und 2018 wieder, der in erster Linie für die Bereiche Polizei, Wachpolizei, zentrale Ausländerbehörde und Justiz bewilligt wurde. Andere Ressorts verzeichneten kaum Stellenaufwächse. Es wurde außerdem ein Personalpool „Demografie“ mit insgesamt 75 Stellen eingerichtet, die einzelnen Ressorts auf Antrag temporär für 12 bis 36 Monate zugewiesen werden können.

Gleichzeitig hat die Staatsregierung an in den letzten Jahren vereinbarten Stellenabbauzügen festgehalten, der bis nach 2020 ist noch immer die Streichung von 2.901 Stellen vorsah. Allein 205 Stellen wurden davon in den letzten beiden Jahren abgebaut. Hier war die Landesdirektion mit 68 kw-Vermerken, dort insbesondere die Abteilung Umweltschutz, wieder überdurchschnittlich belastet.

4. Was wurde aus den GRÜNEN Vorschlägen?

Obwohl alle unsere Änderungsanträge im letzten Haushaltsverfahren abgelehnt wurden, sieht der Entwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 nunmehr 1.723 neue Stellen vor, die sich hauptsächlich auf die Bereiche Bildung, Polizei und Justiz verteilen. So soll der Einstellungskorridor bei der Polizei auf 700 erhöht werden und im Justizvollzug 200 zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Zudem sollen im Rahmen einer „Ausbildungsoffensive“ ab 2019 jährlich 550 Anwärter und Auszubildende eingestellt und für die öffentliche Verwaltung ausgebildet werden. Das sind 329 mehr als bislang. Es wurden Öffentlichkeitskampagnen zur Gewinnung von Personal für die Ausbildungen konzipiert und umgesetzt.

Außerdem wurden im Entwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 alle kw-Vermerke für die kommenden beiden Jahre verschoben, so dass 2019 und 2020 keine Stellen mehr abgebaut werden.

Für junge Lehrerinnen und Lehrer, auch für solche, die nach Sachsen zurückkommen wollen, gibt es nun die Möglichkeit, sich verbeamt zu lassen.

5. GRÜNE Personaloffensive

Wir können also feststellen, dass ein Teil der GRÜNEN Forderungen umgesetzt wurde. Allerdings reichen die von der Staatsregierung getroffenen Maßnahmen nicht aus, um die starken Altersabgänge in den nächsten 15 Jahren auszugleichen oder ihnen entgegenzuwirken. Im Gegenteil: Die letzten beiden Jahre sind wie die Jahre zuvor verschenkte Jahre, in denen in vielen Bereichen nicht ausgebildet oder gezielt um Fachkräfte geworben wurde. Beim Wettbewerb um die besten Köpfe hat sich Sachsen unnötig in eine Konkurrenzsituation im Vergleich zu anderen Bundesländern und der Wirtschaft begeben. Auch wenn in den letzten Jahren bei Polizei, Justiz und Schulen die dringend notwendige Kehrtwende in der Personalpolitik eingeleitet wurde, darf nicht übersehen werden, dass der

Stellenabbau in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung mit dem Koalitionspartner SPD weiter vorangetrieben wurde – seit 2015 wurden 926 Stellen gestrichen. Aktuell ist ab 2021 ein weiterer Abbau von 2.124 Stellen vorgesehen. Der Stellenabbau ist also entgegen allen Beteuerungen der SPD nicht vom Tisch. Hinzu kommt, dass die Staatsregierung es nach wie vor ablehnt, ein Personalkonzept zu erarbeiten, dass auf eine gleichmäßige Altersstruktur ausgerichtet ist, ausreichend Fachkräfte gewinnen lässt und somit eine leistungsfähige Landesverwaltung sichert.

- In den aktuellen Haushaltsverhandlungen wird die GRÜNE-Fraktion daher 1.022 zusätzliche Stellen beantragen. Die Forderung betrifft in erster Linie die Bereiche der Landesverwaltung, die bereits jetzt überaltert sind. Damit in diesen Bereichen in den kommenden 15 Jahren ein gleichmäßiger Stellenaufwuchs zum Ausgleich der Altersabgänge stattfinden kann, wurden die Altersabgänge bis 2033 auf 15 Jahre verteilt und somit ein durchschnittlicher Neueinstellungskorridor pro Jahr ermittelt. Da in diesen Bereichen – bis auf die gekennzeichneten – vorerst kein zusätzlicher Stellenbedarf gesehen wird, werden 792 Neueinstellungen zum Ausgleich der Altersabgänge auf zehn Jahre befristet. Das neu eingestellte Personal wechselt in dieser Zeit auf frei werdende Stellen. Die konkrete Verteilung auf die einzelnen Bereiche ist der Tabelle zu entnehmen.

Von den insgesamt 90 für die Landesdirektion vorgesehenen Stellen sind jeweils zehn unbefristete Stellen für den Arbeitsschutz sowie für Planfeststellungsverfahren und 10 befristete Stellen der Abteilung Umweltschutz zugewiesen. Von den insgesamt 66 Stellen für das Landesamt für Straßen und Verkehr sind 12 Stellen für die Aufgabenerfüllung Radverkehr vorgesehen.

Wir GRÜNEN sehen zudem einen Mehrbedarf an (unbefristeten) Stellen aufgrund neuer Aufgaben oder einer Aufgabenbewältigung aufgrund höherer Standards in folgenden Bereichen:

- insgesamt 10 zusätzliche Stellen beim Sächsischen Datenschutzbeauftragten wegen der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung,
- 100 weitere Polizeianwärter pro Jahr zuzüglich Umsetzung von 100 Stellen vom Landesamt für Verfassungsschutz zur Polizei und Aufstockung des Ausbildungspersonals.
- In den letzten Jahren wurden unter schwarz-rot und schwarz-gelb ein umfassender Stellenabbau in der Staatsverwaltung beschlossen. Dazu wurden sog. kw-Vermerke für die einzelnen Ressorts ausgebracht und somit Stellen als "künftig wegfallend" gekennzeichnet. Diese Stellenstreichungen sind auch unter der jetzigen Koalition nicht aufgegeben worden, sondern bis Ende 2018 vollzogen und darüber hinaus nur in die Zukunft verschoben worden. Wir GRÜNEN fordern die Streichung dieser 2.124 kw-Vermerke, um den Stellenabbau in der Landesverwaltung zu stoppen.
- Wir fordern zudem, die nunmehr begonnene Ausbildungsoffensive tatsächlich offensiv anzugehen und auf allen möglichen Kanälen gezielt um Nachwuchs für die Landesverwaltung des Freistaates zu werben. Den AnwärterInnen und

Auszubildenden ist eine Übernahmegarantie bei erfolgreichem Abschluss zu gewähren.

- Da die Staatsregierung derzeit über kein umfassendes Personalkonzept zu Bewältigung dieser gewaltigen Umwälzungen verfügt, hat die GRÜNE-Fraktion dies mit einem entsprechenden Antrag bereits gefordert. Mit der Ergänzung des Sächsischen Personalanalysegesetzes soll die Aufgabe der Erarbeitung des Personalkonzepts gesetzlich geregelt und der Staatskanzlei zugewiesen werden.

5. Kosten und Finanzierung

Die konservativ gerechneten Kosten für die vorgeschlagenen 1.022 zusätzlichen Stellen belaufen sich auf ca. 71,5 Mio. Euro. Das entspricht ca. 1,4 Prozent der im Haushaltsentwurf vorgesehenen Personalausgaben. Gedeckt sind die Kosten von den (reichlichen) Titelansätzen; von den 2017 im Haushalt veranschlagten Personalausgaben wurden rund 227 Mio. Euro nicht verausgabt. Zugleich werden Mittel für die Vergabe von Dienstleistungen an Dritte eingespart.

6. Zusammenfassung

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert:

- Schaffung von 1.022 neuen Stellen, von denen 792 auf zehn Jahre befristet sind – damit wird den hohen Altersabgängen in den kommenden 15 Jahren vorgebaut, eine ausgeglichene Altersstruktur avisiert und in den Bereichen Polizei und Datenschutz eine bessere Aufgabenbewältigung erreicht,
- Streichung aller kw-Vermerke – damit wird sichergestellt, dass frei werdende Stellen wieder neu besetzt werden können,
- Ausbau der Ausbildungsoffensive für den öffentlichen Dienst, inklusive Übernahmegarantie für Absolventinnen und Absolventen der Ausbildungseinrichtungen für die öffentliche Verwaltung,
- gesetzliche Verpflichtung zur Erarbeitung eines umfassenden Personalkonzepts als Strategie zur Bewältigung der hohen Altersabgänge und Schaffung einer ausgewogenen Altersstruktur in der Landesverwaltung.

Quellen:

- Abschlussbericht der Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung (Drs. 6/5473)

http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=5473&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=1

- Stellenentwicklungsbericht der Staatsregierung zum Haushaltsplan 2017/2018

https://www.finanzen.sachsen.de/download/2017-06-08_Versandfassung_Stellenentwicklungsbericht.pdf

- Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Valentin Lippmann „Zahl der Bediensteten in ausgewählten Bereichen der Landesverwaltung und Zahl der Altersabgänge bis 2030“ (Drs. 6/14738)

http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=14738&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=1&dok_id=undefined

http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=14738&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=2&dok_id=undefined

- Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Valentin Lippmann „Stellenaufwuchs im Haushaltsplan 2019/2020“

http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=14703&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=1&dok_id=undefined

- Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Valentin Lippmann „Ausbildungsoffensive und Bedarfsplanung zur Verjüngung des Personals im Freistaat Sachsen“

http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=14106&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=1&dok_id=undefined

- GRÜNER Antrag „Fachkräfte zum Erhalt der Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gewinnen – jetzt umfassendes Personalkonzept erarbeiten“ (Drs. 6/14694)

http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=14694&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=0&dok_id=undefined

Erläuterungen/Glossar:

kw-Vermerke	Stellen, die im Haushaltsplan als „künftig wegfallend“ gekennzeichnet werden
Landesdirektion	Mittelbehörde, teilweise mit Fach- und Rechtsaufsicht, in unterschiedlichsten Bereichen, etwa Inneres, Soziales, Umweltschutz, Arbeitsschutz, Infrastruktur, Asyl

„GRÜNE Personaloffensive für Sachsen“

Vorschläge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Neueinstellungen beim Landespersonal

Bereich	Aufwuchs für verbesserte Aufgabenbewältigung (Stellenplus)		Aufwuchs für spätere Altersabgänge (auf 10 Jahre befristete Stellen)		Gesamt (Doppelhaushalt)
	2019	2020	2019	2020	
Sächsischer Datenschutzbeauftragter	10				10 ¹
Polizei	100 ²	100			200
Landesdirektion	10	10	35	35	90 ³
Statistisches Landesamt			14	14	28
Staatsarchiv			4	4	8
Landesamt für Denkmalpflege			4	4	8 ⁴
Richter/Staatsanwälte			63	63	126
Gerichte/StA sonstige			120	120	240
Justizvollzug			54	54	108 ⁵
Landesamt für Straßen und Verkehr			33	33	66 ⁶
Staatliche Kunstsammlungen			12	12	24
Landesuntersuchungsanstalt			13	13	26
Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft,			44	44	88
Gesamt	120	110	396	396	1.022

1 Höherer Stellenbedarf wegen DSGVO.

2 Umsetzung 100 Stellen von Landesamt für Verfassungsschutz zu Polizei.

3 10 Stellen sind für Arbeitsschutz und 10 weitere für Planfeststellungen vorgesehen.

4 Hier müssten eigentlich 2 Neueinstellungen pro Jahr durchschnittlich vorgenommen werden. Der höhere Ansatz gleicht den Abbau der Vorjahre aus.

5 Insgesamt halten wir einen Stellenaufwuchs von 200 Stellen im Justizvollzug für erforderlich, um eine verbesserte Gefangen/Personal-Quote zu erreichen. Dieser Aufwuchs wurde im Entwurf des HH 2019/2020 vorgenommen. Zum Ausgleich der Altersabgänge sind aber zusätzliche Neueinstellungen erforderlich.

6 12 Stellen sind für die Aufgabenerfüllung Radverkehr vorgesehen.

Maßgaben auf Grundlage der Zahlen der Personalkommission:

In den nächsten 15 Jahren gehen 52 Prozent der Landesbediensteten in den Ruhestand, denn sie sind bereits jetzt 50 Jahre alt und älter. Bis dahin muss der Freistaat über 42.000 neue Fachkräfte gewinnen, also durchschnittlich jährlich 2.800 Neueinstellungen vornehmen. Einige Bereiche der Landesverwaltung sind in diesen Jahren besonders stark von Altersabgängen betroffen. Damit in diesen Bereichen in den kommenden 15 Jahren ein gleichmäßiger Stellenaufwuchs zum Ausgleich der Altersabgänge stattfinden kann, wurde von der Zahl der Bediensteten, die älter als 50 Jahre alt sind die Stellenaufwüchse des aktuellen Haushalts abgezogen und die Restsumme auf 15 Jahre verteilt. Somit wurde ein durchschnittlicher Neueinstellungskorridor pro Jahr ermittelt. Da in diesen Bereichen – bis auf die gekennzeichneten – kein zusätzlicher Stellenbedarf gesehen wird, werden die Neueinstellungen zum Ausgleich der Altersabgänge auf zehn Jahre befristet. Das neu eingestellte Personal wechselt in dieser Zeit auf frei werdende Stellen.

Kosten:

Ausgehend von einem pauschalen Jahresbetrag pro Stelle von 70.000 € → ca. 71,5 Mio €. Bei jährlich 5.098,4 Mio (2019) veranschlagten Personalausgaben und 5.251,8 Mio (2020) belaufen sich die Mehrausgaben pro Jahr auf rund 1,4 Prozent. Gedeckt sind die Kosten von den (reichlichen) Titelansätzen; von den 2017 im Haushalt veranschlagten Personalausgaben wurden rund 227 Mio. Euro nicht verausgabt.